

und Montevideo gegründete Movimiento Familiar Cristiano MFC, das inzwischen in ganz Lateinamerika tätig ist und sich um die Jugend, die Brautleute, die Eheleute und auch um die Witwen kümmert. Der MFC hat auch in den untersten Volksschichten Eingang gefunden (zu seiner Geschichte und Programmatik vgl. P. Pérez-Medrani, *El Movimiento Familiar Cristiano*, in *Libro Anual 1967*, a. a. O. S. 217—237). Im Rahmen des Programms zur Förderung der Frau und der Familie unterstützt auch Adveniat das MFC durch die Bereitstellung von Mitteln, die für Eheberatung und Erziehung zu verantwortlicher Elternschaft bei der Landbevölkerung und den städtischen Randsiedlern verwendet werden. Die notwendigen Studien über die verflochtene Proble-

matik der lateinamerikanischen Familie sind noch lange nicht abgeschlossen, allerdings sind verschiedene Institutionen damit befaßt. Man hat erkannt, daß es zu einer Stärkung der lateinamerikanischen Nation vor allem auch einer Förderung und Unterstützung der lateinamerikanischen Familie bedarf. Im Bereich der Erziehung muß auch mehr Gewicht auf die Bedeutung der Familie gelegt werden, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bedarf es einer größeren Berücksichtigung der Ansprüche der Familie als einer sozialen Institution. Damit die Regierungen ihre Sozialgesetzgebung auch nach familiengerechten Maßstäben konzipieren, wird vielfach die Organisation von Familienvereinigungen empfohlen, die die berechtigten Interessen auch wirksam vertreten können.

Gärung unter den Intellektuellen in Osteuropa

Das Verhältnis zwischen Literaten und politischem Regime in den sozialistischen Ländern ist sehr komplexer Natur. Es reicht in seinen geschichtlichen Wurzeln bis in die Zeit des vorrevolutionären zaristischen Rußland zurück, wo politische und soziale Kritik seit jeher zum Selbstverständnis der Schriftsteller gehörte, ein echter politischer Einfluß aber nicht bestand. Das heutige Verhältnis zwischen beiden ist wesentlich bedingt durch die Rolle, welche das politische, ideologisch fixierte System Kunst und Literatur sowie den „Kunstschaffenden“ in der Gesellschaft zuerkennt. Die Tatsache, daß das System sich Kunst und Literatur in einer Weise dienstbar gemacht hat, welche die individuelle schöpferische Freiheit einengt, ja unterdrückt, forderte notwendig immer wieder zur Kritik heraus. Da Kunst und Literatur durch diese Indienstnahme nicht mehr Privatsache sind, sondern zu einer staatspolitisch bedeutsamen Angelegenheit werden, wird auch die Kritik daran notwendig zur politischen Kritik. Damit ist grundsätzlich immer auch eine Infragestellung des Systems und seiner Machtposition gegeben und mit ihr eine permanente, mehr oder weniger latente Konfliktsituation. Hinzu kommt, daß das revolutionäre Pathos der Väter und Großväter, für die die Oktoberrevolution noch — und zum Teil erlebtes — Ereignis war, bei den jungen Literaten und Intellektuellen nicht mehr verfängt, ja einer unwiderruflich vergangenen und im Grunde verabscheuten Epoche, der des Stalinismus, angehört. Bei ihnen wirkt das an objektiven Gegebenheiten geschulte rationale Denken desillusionierend. Was sie sehen und erleben, ist der Widerspruch zwischen dem ideologischen Anspruch, der Freiheit und Humanität verheißt, und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der Freiheit zu „Einsicht in die Notwendigkeit“ umfunktioniert, Humanität zu einem abstrakten und verbalen Humanismus entleert wird. Daß diese Erlebnisse sich in der jungen Generation zu Motiven und Antrieben verdichten, welche auf eine geistige und politische Revolutionierung des „Sozialismus“ abzielen, ist nur natürlich.

Die Intellektuellen und der Prager Reformkurs

Zwanzig Jahre sozialistischer Kulturpolitik sowie die jüngste Erstückung des Prager Reformkurses durch die gewaltsame Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten haben uns dies wieder deutlich werden lassen. Daß gerade die Schriftsteller, Intellektuellen und Wissen-

schaftler der ČSSR durch ihr politisches Engagement und ihre nonkonformistischen Vorstellungen eines humaneren Sozialismus und ihre Forderungen nach Meinungs- und Pressefreiheit mitauslösende Ursache der Intervention waren, läßt sich unschwer aus den vorausgegangenen heftigen Angriffen sowjetischer Presseorgane, wie der „Prawda“ und „Iswestija“ u. a., gegen sie erkennen. Waren doch vor allem die Literaten — wenn auch die Ökonomen durch ihr „neues ökonomisches System“ die wirtschaftliche Orientierung des Landes auf die Sowjetunion ebenfalls stark gefährdeten — am innersozialistischen politischen und ideologischen Umschwung der ČSSR maßgeblich beteiligt. Ihre konstante Kritik an der sozialistischen Wirklichkeit und der Unterdrückung der schöpferischen Freiheit durch die Zensur hatte schließlich in den sechziger Jahren zu einem ungeschriebenen „Stillhalteabkommen“ zwischen ihnen und dem Regime geführt. In diesem stillschweigenden Kontrakt wurde den Schriftstellern, die sich als „Gewissen des Volkes“ verstanden und in ihren Kulturblättern offen unerwünschte politische Themen anschnitten, Kritik an der sozialistischen Wirklichkeit in Kunst und Literatur zugebilligt, solange die Frage des Systems als solchen und seiner offiziellen Interpretation ausgeklammert blieb. Die Loyalität zum sozialistischen Staat — Loyalität von der Partei großzügig in weiterem Sinne verstanden — bildete die unüberschreitbare Grenze. Diese Grenze wurde erst kürzlich noch von Parteisekretär J. Kadar dem ungarischen Schriftstellerverband wieder eingeschärft, als er vor einer „Einengung“ der sozialistischen auf eine „bürgerliche Demokratie“ warnte („Nepszabadsag“, 9. 6. 68). Diese Grenze überschritten jedoch die tschechoslowakischen Schriftsteller auf dem vierten Kongreß ihres Verbandes Ende Juli 1967 in Prag. Dort war es zum offenen politischen Engagement der Literaten gekommen, die damit dem Regime den ungeschriebenen Kontrakt der sechziger Jahre aufkündigten. Den Höhepunkt des Kongresses bildete damals das desillusionierende Referat des 41jährigen Prager Schriftstellers Ludvik Vaculik, in dem er das herrschende sozialistische System einer schonungslosen Kritik unterzog und vor allem das Problem der Macht in einem totalitären Staat kritisch analysierte. Als Grundgesetze jeder Macht hatte er dabei ihren Selbsterhaltungstrieb und ihre Homogenisierungstendenz angeprangert. Vor allem durch die letztere tendierte jede Macht dazu, sich so zu „homogenisieren“, bis „jeder ihrer

Teile Abbild des Ganzen geworden ist, so daß eine periphere Machtzelle praktisch das ganze Zentrum ersetzen kann“ (Kulturpolitische Dokumente aus der ČSSR im Sommer 1967, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 15. 8. 67). Weiter hatte Vaculik eine Verfassungsänderung und die „Unterordnung der politischen Entscheidungen unter ethische Kriterien“ gefordert. Er richtete jedoch seine Kritik der Macht nicht an das sozialistische System an sich, sondern an jenes Verständnis von Sozialismus, mit dem sich diese Macht identifizierte. Damit sprach er gleichzeitig die Existenz zweier konkurrierender Leitbilder von Sozialismus an, die durch sich selbst schon zum Konflikt herausfordern.

Herausforderung an die Partei

Diese politische Herausforderung durch den vierten Schriftstellerkongreß war für die Parteiführung damals um so provozierender, als die kritisierenden Schriftsteller mehrheitlich überzeugte Kommunisten der mittleren und jüngeren Generation waren und den elitären Kräften der Partei angehörten. Vom guten Willen dieser Kräfte, vor allem auch der technischen Intelligenz, war aber die Parteiführung in ihrem Bemühen, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, weitgehend abhängig. Dennoch griff sie damals hart durch. Führende Romaniers und Dramatiker, wie Antonín Liehm, Ivan Klíma und Ludvík Vaculik selbst, wurden als Folge ihres politischen Engagements aus der Partei ausgestoßen. Der Schriftstellerverband wurde ernsthaft gerügt, die „Literární Noviny“ — und dies bildete den eigentlichen Gengenschlag — wurde dem Verband entzogen und dem Kultur- und Informationsministerium unterstellt.

Daß trotz dieser harten Gegenmaßnahmen gegen die Literaten deren Kritik am System bei den progressiv denkenden Führungsspitzen der Partei auf einen aufnahmebereiten Boden gefallen war, zeigten die Reden und Diskussionen auf dem ZK-Plenum vom Dezember 1967 und Januar 1968. In ihnen hatten sich die Redner beider ZK-Plenarsitzungen die Forderungen der Literaten, teils im Prinzip, teils im Wortlaut oder dem Sinn nach zu eigen gemacht. Dies läßt sich aus einem Vergleich der Thesen und Reden auf dem vierten Schriftstellerkongreß und denen auf den beiden genannten ZK-Plenarsitzungen erweisen. Auf diesen Einfluß der Literaten hat z. B. A. Razumovsky, langjähriger ČSSR-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern an der Würzburger Domschule (22./23. 6. 68) zum Thema „Literatur und Engagement“ ausdrücklich hingewiesen.

Freilich ist in diesem Zusammenhang auch der Einfluß bzw. der von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes ausgeübte Druck auf eine Umgestaltung des Wirtschaftssystems nicht zu übersehen, der notwendig auch in letzter Konsequenz auf einen Wechsel in der Führungsspitze der Partei hinzielte. War diese doch weitgehend für die katastrophale Wirtschaftssituation des Landes verantwortlich. So wurde — freilich nur aus der wirtschaftlichen Zwangslage heraus — im Zuge der Diskussion um das neue Wirtschaftssystem seit 1964 eine Reihe von Thesen angenommen, die sich den Vorwurf „kapitalistischer Methoden“ gefallen lassen mußten und in konsequenter Weiterführung wohl zu einer Abkehr vom COMECON geführt hätten, ein für Moskau unerträglicher Gedanke.

Doch auch nach Beendigung des Streits zwischen den Literaten und der Parteiführung unter A. Dubček nah-

men diese das Recht des politischen Engagements für sich in Anspruch. So waren sie am 29. März 1968 zu einer Plenarsitzung ihres Verbandes in Prag zusammengetreten und hatten von der Nationalversammlung die Einsetzung einer Rehabilitierungskommission gefordert. Weiter setzten sie im Verband selbst eine solche Kommission ein, die unter Vorsitz von Jaroslav Seifert, dem bedeutendsten tschechoslowakischen Lyriker der Gegenwart, alle Rehabilitierungsfälle von Schriftstellern zu überprüfen und alle Informationen darüber — die früher zensuriert worden waren — zu veröffentlichen hatte. Ziel dieser Tätigkeit war die volle Wiedereinsetzung der in den beiden großen Schriftstellerprozessen 1952 und in den Folgejahren verurteilten Literaten in ihre bürgerlichen Rechte. Weiter kam es auf dieser Plenarsitzung zur Gründung eines „Kreises unabhängiger Schriftsteller“, d. h. solcher, die nicht der Kommunistischen Partei angehörten, aber im Verband integriert blieben. Dieser Kreis war als Zeichen demokratischer Vielfalt innerhalb des Verbandes, nicht aber als Mittel zu dessen Aufspaltung gedacht. Er hat sich bis zur Okkupation als politisch aktivste Gruppe erwiesen („Lidova Demokracie“, 12. 5. 68).

Vor und nach der Okkupation

Am deutlichsten jedoch zeigte sich das politische Engagement der Literaten, Künstler und Wissenschaftler im „Manifest der 2000 Worte“ des bereits genannten Schriftstellers Ludvík Vaculik, das von 70 prominenten Vertretern der Nation, darunter dem Rektor der Prager Universität, E. Zatopek, unterzeichnet und am 27. Juni 1968 von den „Literární Listy“ (sie erreichte in dieser Nummer eine Auflage von 300 000) und drei weiteren Zeitungen veröffentlicht wurde. Dieses Manifest sollte den innenpolitischen Streit um die Alternative: Konsolidierung des bisher Erreichten oder beschleunigte und radikale Durchführung der begonnenen Reformen, im zweiten Sinne entscheiden. In diesem Streit war, vor allem auf der Ebene der Bezirks- und Kreiskonferenzen der Partei, vorübergehend der Eindruck der Stagnation entstanden. Vor allem ein Satz des Manifests macht seine Grundintention deutlich: „Wir müssen diesmal mit unserem Entschluß, das alte Regime zu vernichten, bis zum Ende gehen.“ Das unerwartet große und positive Echo (bis zu 40 000 Leserschriften und Hunderte von kollektiven Solidaritätserklärungen aus den Betrieben) ließ es zu einer Manifestation des Volkswillens werden, die freilich in diesem Umfang erst durch die etwas vorschnelle, später abgeschwächte Verurteilung durch Partei, Regierung und Nationalversammlung ausgelöst worden war. Faktisch jedoch gab sie den letzteren erneute Rückendeckung im Volk, die z. B. in der Antwort der Prager Parteiführung auf den Warschauer Brief in der grundsätzlichen Feststellung zum Ausdruck kam: „die kommunistische Partei ist von der freiwilligen Unterstützung des Volkes abhängig“. In einer öffentlichen „Antwort“ („1000 Worte“) auf das Manifest durch den Präsidenten der Nationalversammlung, Josef Smrkovsky, am 5. Juli 1968 („Rude Pravo“, 5. 7. 68) bescheinigte dieser dem politischen Engagement der Intellektuellen zwar „ehrenhafte Absichten“, aber auch eine „gewisse politische Romantik“. In ziemlich massiven Ausdrücken protestierte damals das Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes, „Literaturnaja Gazeta“ (10. 7. 68), gegen die „2000 Worte“ und bezeichnete Verfasser wie Unterzeichner als „antikomunistisch“, „konterrevolutionär“, „provokatorisch“ und

„politisch infantil“. Nach Ansicht dieses Organs wollte Vaculik damit „Desorganisation“ und „Chaos“ hervorrufen und die schon von Lenin verworfene „reine Demokratie“ einführen. Bereits einen Tag später bezeichnete in einem bis dahin schärfsten Angriff der „Prawda“-Kommentator I. Alexandrow das „Manifest der 2000 Worte“ als kein „isoliertes Phänomen“, sondern als ein Anzeichen dafür, wie weit „rechtsgerichtete, konterrevolutionäre Kräfte“ zum „Sturm auf die sozialistische Ordnung in der ČSSR“ ansetzen. Ihnen gehe es um „Umsturz“. Der gleiche Artikel wurde einen Tag darauf sowohl vom „Neuen Deutschland“ wie von „Trybuna Ludu“ abgedruckt. Aus diesen nur angedeuteten erbitterten Angriffen gegen die „2000 Worte“ ist ersichtlich, für wie gefährlich die Moskauer Parteiführung die Literaten und Intellektuellen in der ČSSR einschätzte.

Auch in den Tagen der Okkupation haben 32 tschechoslowakische Literaten, Künstler und Wissenschaftler von Wien aus, nicht als „Emigranten“, wie sie erklären, sondern als „Staatsbürger“, ein „Manifest gegen die Aggression“ an die Weltöffentlichkeit gerichtet, in dem sie den Sieg der „Waffen des Wortes und der Ideen“ über die Gewalt totalitärer Diktaturen voraussagten und den Überfall als „internationales Verbrechen“ verurteilten. Einen eigenen Aufruf richtete der Philosoph Ivan Svitak an seine Landsleute, in dem er sagte: „Der Gedanke der Freiheit und die ansteckende Kraft der Freiheit sind irreversibel.“

Welche Folgen die militärische Intervention und die Prag in Moskau aufgezwungenen Konzessionen auf die Literaten, Intellektuellen und Wissenschaftler haben werden, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Die bereits gesetzlich verankerte Pressefreiheit ist inzwischen wieder abgeschafft worden. Die Forderung der „Prawda“ (31. 8. 68) nach „Liquidierung von 40 000 Angehörigen der Intelligenz“ läßt für das freie künstlerische Schaffen keine großen Hoffnungen zu.

Polnische Parallelen

Während die Literaten und Intellektuellen in der ČSSR maßgeblich am innersozialistischen Liberalisierungsprozeß beteiligt waren, der jetzt gewaltsam von außen gestoppt wird, dauerten in Polen und in der Sowjetunion die Spannungen zwischen Parteiführung und Literaten weiter an, ja verschärften sich in den letzten Jahren. In Polen war es nach der Periode der stalinistischen Gleichschaltung in der Literatur 1956 zu einer längeren kulturpolitischen Lockerung gekommen. In dieser „Taufperiode“ von 1956—1964 wurde die Zensur fast völlig aufgehoben, Schriftsteller kehrten aus dem Ausland in ihre Heimat zurück, die literarische Tätigkeit wandte sich vor allem der Kritik an der jüngsten Vergangenheit zu (z. B. im Roman von Jerzy Andrzejewski „Dunkelheit bedeckt die Erde“ und in „Die Namen der Macht“ von Jerzy Broszkiewicz), und eine Abkehr vom sozialistischen Realismus (so auf dem Siebten Schriftstellerkongreß Ende 1956) war zu verzeichnen (vgl. Joachim Görlich, Zeitgenössische polnische Literatur als Spiegelbild der politischen Gesellschaft, „Politische Studien“, Januar/Februar 1964, S. 46). Dennoch war auch diese Zeit nicht frei von sporadischen Spannungen. Bereits 1957 gerieten einige Schriftsteller mit der Partei in Konflikt. Andere gingen in die äußere oder innere Emigration, 1961 kam es wieder zu Verhaftungen. Im gleichen Jahr wurde der Redaktionsstab der parteiamtlichen literarischen Zeitschrift

„Nowa Kultura“ gesäubert. Bereits im Sommer 1963 bahnte sich dann wieder eine Verschärfung der Kulturpolitik an, als L. Gomulka nach längerer Zeit wieder Fragen der Ideologie und Kulturpolitik auf das Programm des ZK-Plenums setzte. Der sozialistische Realismus wurde erneut eingeschärft, auch wenn die Parteiführung feierlich versicherte, sie unterstütze „künstlerische Experimente in vernünftigen Grenzen“. 1964 kam es dann zum offenen Zusammenstoß zwischen Literaten und Regime durch den sog. „Brief der 34“ Intellektuellen und Schriftsteller an Ministerpräsident J. Cyrankiewicz, in dem sie eine Änderung der polnischen Kulturpolitik im Geiste der verfassungsmäßig garantierten Rechte forderten, an der Papierknappheit und am engstirnigen Verteilungsschlüssel der Kulturabteilung sowie an der Vorzensur Kritik übten (vgl. Hansjakob Stehle, Nachbar Polen, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1968, S. 277). „Die Unterzeichner dieses Briefes“, so erklärten sie, „sind der Ansicht, daß eine ungehinderte öffentliche Meinung, das Recht auf Kritik, auf freien Dialog und auf objektive Information eine wesentliche Bedingung für jeden Fortschritt sind“ (A. Martin, La révolte des écrivains en Pologne, „Études“, August/September 1968, S. 233). Zu den Unterzeichnern des Briefes gehörten bedeutende Repräsentanten aus Kultur und Wissenschaft; 57 prominente Parteischriftsteller erklärten sich mit dem Memorandum solidarisch.

Neue Verschärfung

Im September 1964 sprach Gomulka zum erstenmal vor dem Schriftstellerkongreß offen vom Konflikt mit den Literaten. Prozesse gegen Schriftsteller (Oktober 1964, September 1965) und rebellische Parteintellektuelle, wie J. Kuron und K. Modzielewski (Juli 1965) und N. Karsow (Juli 1966), sind symptomatisch für die intellektuelle Gärung wie für die Allergie der Parteiführung auf diesem Gebiet. Als Zenon Kliszko im Mai 1967 auf dem achten ZK-Plenum erneut über ideologische und kulturpolitische Fragen referierte, mußte er gestehen, daß sich seit 1963 „im Grunde nichts geändert hatte“.

Bekannt sind auch die Vorgänge, die zum Parteiausschluß von Leszek Kolakowski, dem bedeutendsten polnischen Philosophen, führten, der — übrigens zusammen mit R. Garaudy, M. Machovec, Adam Schaff und R. Havemann — einen permanenten Revisionismus vertritt, womit er eine „Alternative zum institutionell etablierten Marxismus“ und dessen „Enttotalisierung“ anstrebt (A. Schwan, Leszek Kolakowskis Philosophie des permanenten Revisionismus, „Philosophisches Jahrbuch“, 75. Jhg., München 1967, S. 120 ff.). Am 10. Jahrestag (21. 10. 1966) des polnischen Oktober hielt er vor Studenten und Professoren in der Warschauer Universität einen Vortrag, in dem er die Kulturpolitik der vergangenen zehn Jahre kritisch analysierte, die Beschränkung der vollen demokratischen Freiheit und den mangelnden Kontakt zwischen Fachleuten und der politischen Führung beanstandete. Bereits einen Tag später wurde er aus der Partei ausgestoßen. In einem Protestschreiben forderten 22 Parteiliteraten der Warschauer Sektion des Schriftstellerverbandes von der Parteiführung eine Revision des Urteils. Auf den Gegendruck der Partei hin (Verletzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus) traten sieben der Unterzeichner aus der Partei aus, vier weitere wurden ausgestoßen.

Aus jüngster Zeit sind die Auseinandersetzungen zwi-

schen Partei und Intellektuellen im Zusammenhang mit der Absetzung des Theaterstücks „Die Totenfeier“ des polnischen Nationaldichters aus dem 19. Jahrhundert, Adam Mickiewicz, sowie mit den anschließenden Studentenunruhen bekannt, für die man u. a. die Intellektuellen verantwortlich machte. Auf einem außerordentlichen Kongreß der Warschauer Sektion des Schriftstellerverbandes, der zur Diskussion über die Absetzung der „Totenfeier“ einberufen wurde, verabschiedete man mit 100 Stimmen Mehrheit eine Resolution, die eine Änderung der Kulturpolitik, die Abschneidung der Auswüchse der Zensur und unqualifizierter administrativer Eingriffe forderte. Kolakowski, der in seinem Referat der Partei Zerstörung des kulturellen Lebens vorgeworfen hatte („Neue Zürcher Zeitung“, 6. 3. 68), verlor nun auch seinen Lehrstuhl als Ordinarius für Philosophie an der Warschauer Universität.

Die Maßnahmen der Partei gegen Intellektuelle und Schriftsteller (Parteiausschlüsse und Ausschlüsse aus dem Schriftstellerverband) verschärften das Verhältnis zwischen beiden bis zum Tiefpunkt (vgl. J. Görlich, Kampf ohne Sieger, „Ostprobleme“, 3. 5. 68, S. 197). Dieser Widerstand der polnischen Literaten gegen den ideologischen Zwang und das sozialistische Normdenken in Kunst und Literatur, der ganz allgemein für die vergangenen zwanzig Jahre charakteristisch ist, hat seine Wurzeln in einer am Westen sich orientierenden kulturellen Tradition (was sich z. B. in der Rezeption der westlichen Literatur nach der stalinistischen Abschnürung sowie in der Zahl westlicher Theaterstücke und Filme zeigt) wie auch in einem Patriotismus, der in bewußter Distanzierung von der Sowjetunion auf die eigene Unabhängigkeit bedacht ist.

Das jüngste Juli-Plenum (1968) des ZK war sich bei allen Differenzen in der Diskussion um Nationalismus und Internationalismus darin einig, im „ideologischen Revisionismus“ in Kunst, Literatur, Wirtschaft und Philosophie heute die eigentliche Hauptgefahr zu sehen. Die Ankündigung einer ideologischen Offensive läßt für die Beziehungen zwischen Intellektuellen und Parteiführung keine Besserung erhoffen. Hinzu kommt die Furcht der Partei vor dem Liberalisierungsbazillus aus der ČSSR, trotz oder gerade wegen der gewaltsamen Unterdrückung dieser Liberalisierung. Sie wird es schwer haben, ihre Beteiligung daran dem Volk einsichtig zu machen, das vom ungebrochenen und beispiellosen Freiheitswillen der Tschechoslowaken nicht unbeeindruckt geblieben sein dürfte. Offen ist außerdem der Ausgang des Richtungsstreits innerhalb der Partei- und Regierungsspitze. Die studentische Jugend steht eindeutig auf seiten der Intellektuellen gegen den moskauhörigen Parteiflügel. Wie die Entwicklung weiter verlaufen wird, dürfte nach dem fünften Parteitag der PVAP am 9. November 1968 klarer zu überblicken sein.

Repressive Intoleranz der Partei in der Sowjetunion

Auch in der Sowjetunion geht, wenn auch weniger sichtbar und spektakulär, trotz allem Anschein ein steter gesellschaftlicher Differenzierungs- und Pluralisierungsprozeß vor sich, in dem nicht zuletzt die Intellektuellen und Literaten, aber auch die technische Intelligenz und Wirtschaftsfunktionäre der jüngeren und mittleren Generation eine gesellschaftskritische Rolle spielen. Der größere Einfluß auf die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft dürfte jedoch auf lange Sicht von den Techno-

logen und Wirtschaftsfunktionären ausgehen, zu denen auch die Parteitechnokraten zu rechnen sind. Ihnen (zusammen mit den jungen kritischen Literaten und Studenten) stehen auf der anderen Seite die reinen Parteifunktionäre und -bürokraten gegenüber. Während die ersteren, zumindest in ihrem oppositionellen Flügel, den uneingeschränkten Vollzug der Individualität und größere Freiheiten fordern, nehmen die Spitzen der Partei unter Aufrechterhaltung ihres absoluten Führungsanspruches, der nach den Ereignissen in der ČSSR noch verschärft werden dürfte, zunehmend konservative Züge an, ein Vorgang, der für die gesellschaftliche Entwicklung allgemein, auch im Westen charakteristisch ist.

In diesem Kampf um größere individuelle und künstlerische Freiheit kommt es immer wieder zu periodischen Verhaftungen und Aburteilungen von unbotmäßigen Literaten und Intellektuellen. Noch gut in Erinnerung sind die Prozesse gegen die beiden jungen sowjetischen Schriftsteller J. Daniel und A. Sinjawschij, die im Februar 1966 zu sieben bzw. fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, weil sie sich in kritischen und satirischen Essays mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Sowjetunion auseinandergesetzt und sie im Westen veröffentlicht hatten. Ein weiteres situationserhellendes Dokument ist der Brief des sowjetischen Schriftstellers A. Solshenizyn an den vierten Schriftstellerkongreß vom Mai 1967, in dem er gegen die „unerträgliche Unterdrückung, der unsere Literatur seit vielen Jahrzehnten ausgesetzt ist“ („Le Monde“, 31. 5. 67), gegen die Zensur und gegen die Verletzung der Pflichten des Verbandes gegenüber seinen Mitgliedern (z. B. Verteidigung der Autorenrechte der Schriftsteller) protestierte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 97 ff.).

Bekannt sind die jüngste Verurteilung der jungen Literaten J. Galanskow, A. Ginsburg, A. Dobrowski und der Studentin W. Laschkowa im Januar 1968, die die „Untergrund“-Zeitschrift „Pönix 66“ herausgegeben hatten, sowie der Prozeß gegen fünf Sowjetbürger (darunter der 28 Jahre alte Physiker P. Litwinow und die Gattin des 1966 verurteilten Schriftstellers A. Sinjawschij), welche am 25. August 1968 auf dem Roten Platz in Moskau gegen die sowjetische Intervention in der ČSSR zu demonstrieren versuchten.

Die offizielle Anklage lautete im ersten Fall auf „subversive Kontakte“ mit der Emigrantenorganisation NTS, im zweiten auf „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Behinderung des Straßenverkehrs“. Daß diese aber nicht Außenseiter, sondern Wortführer sind, zeigen die zahlreichen Proteste sowjetischer Intellektueller, unter ihnen 17 Parteimitglieder des Moskauer Schriftstellerverbandes, an die Regierung. Zwar dürften sie kaum eine ideologisch und organisatorisch geeinte Opposition darstellen. Dennoch scheinen diese periodisch die Oberfläche kommunistischer Konformität durchbrechenden Fälle Glieder einer Kette zu sein, die durch die Forderung nach Freiheit des Denkens, Sprechens und der Kritik zusammengehalten wird. Gerade diese Forderung jedoch tastet nach offizieller Auffassung die führende Rolle der Partei im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, ja in der Partei selbst an. Dies kam z. B. in der bedeutsamen Rede von Parteisekretär Breschnew auf der Konferenz der Moskauer Parteioorganisation Ende März 1968 („Prawda“, 30. 3. 68) zum Ausdruck, in der er die oppositionellen Intellektuellen warnte, mit ihren Kritiken die Führungsrolle der Partei in Frage zu stellen. Der Vorsitzende des Moskauer Schriftstellerverbandes, P. Mi-

chalkow, verurteilte seinerseits den Liberalismus der Parteimitglieder des Verbandes und sprach sich für eine schärfere Parteikontrôle über sie aus.

Wie bekannt, ist der Schriftstellerverband in allen sozialistischen Ländern — nach sowjetischem Vorbild — ein von der Partei kontrolliertes Organ. Dies zeigt sich schon an seiner Struktur, die streng nach der kommunistischen Partei aufgebaut ist: das in Regionalverbände aufgegliederte Plenum umfaßt alle Mitglieder, die das ZK wählen, das Plenum des ZK wählt seinerseits dessen Präsidium. Wie in der Partei gibt es im Verband u. a. eine ideologische Kommission. Diese hierarchische Struktur wiederholt sich innerhalb des Verbandes für die Parteimitglieder, die somit als geschlossene Gruppe auftreten können.

Zur organisatorischen gesellt sich weiter die ideologische Gleichschaltung durch das Prinzip der „Parteilichkeit“ und des „sozialistischen Realismus“. Beide sind für das Verständnis der Funktion der Literatur im kommunistischen Staat wesentliche Schlüsselbegriffe. Während „Parteilichkeit“ noch bei Lenin („Über Kultur und Kunst“, Berlin 1960, S. 60 ff.) nicht Parteinarbeit, sondern Unterordnung unter die Partei, Gehorsam bedeutete, werden heute Parteilichkeit und sozialistischer Realismus nicht mehr so engstirnig ausgelegt, solange die Literaten „den Bogen politisierender Kritik nicht überspannen“ (W. Hollstein, Kunst und Kultur im Osten Europas, „Die neue Gesellschaft“, November/Dezember 1967, S. 496 ff.). Allerdings läßt sich in jüngster Zeit ein Übergang zu einem härteren ideologischen Kurs beobachten. In seiner oben zitierten Rede bekräftigte Breschnew das Leninsche Prinzip der „eisernen Parteidisziplin“, das nicht nur in der revolutionären Phase, sondern in allen Etappen des Aufbaus des Sozialismus gelte. Er bezeichnete die reformerischen Kräfte in der Sowjetunion als „politisch unreif“ und „politisch und ideologisch unzuverlässige Elemente“. Vor allem warnte er vor der Einschleusung unsozialistischer Ideen in Literatur und Kunst.

Der „sozialistische Realismus“ als zweiter Schlüsselbegriff ist vornehmlich eine politische Kategorie und versteht sich aus dem totalitären Anspruch des Regimes, den Menschen nach seinen Ideen zu formen, auch und gerade durch Kunst und Literatur. Er wird offiziell mit der für unsere Epoche einzig gültigen ästhetischen Theorie umschrieben, wonach die Kunst die objektive Realität widerspiegeln (A. W. Lunatscharski, Der sozialistische Realismus, „Kunst und Literatur“, Juni 1967, S. 731 ff.). Wie aber die objektive Realität, Welt und Gesellschaft, ideologisch richtig widerzuspiegeln sei, das bestimmt die jeweilige politische Linie. Mit dieser antiindividualistischen Theorie wird Kunst und Literatur in erster Linie zu einem Instrument der Indoktrination.

Der Beitrag der Naturwissenschaftler und Technologen

Ebenso wie Kunst und Literatur wird auch die Wirtschaft vom sozialistischen System den eigenen Zielen dienstbar gemacht. Sie hat in erster Linie der politischen Machtentfaltung zu dienen, die ja ohne einen entsprechenden wirtschaftlichen und technologischen Unterbau nicht oder nur unzureichend abgesichert wäre. Dies aber bedeutet, daß außerökonomische Kräfte das Wirtschaftssystem und den Wirtschaftsprozess bestimmen. Daher auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, welche dem Regime das ausschließliche Verfügungsrecht und den ausschließlichen Verwendungszweck dieser Mittel garantieren soll.

Von daher erklärt sich auch dessen Allergie gegenüber allen Wirtschaftsreformen, die das System als solches in Frage stellen könnten. Dennoch steht es andererseits unter dem Zwang, die Wirtschaft des Landes immer leistungsfähiger zu machen. Hier liegt denn auch der Grund für das hohe gesellschaftliche Ansehen der Naturwissenschaftler und Technologen in der UdSSR. Ihre relative Unersetzlichkeit sichert ihnen auch eine relativ große Freiheit der Kritik. Da sie die systembedingten Mängel der Wirtschaftspolitik klarer als das Volk erkennen, sind auch sie potentielle Kritiker des Systems. Dennoch zielen bis heute alle wirtschaftlichen Reformvorstellungen mehr auf eine Beseitigung der Mängel des Systems als auf seine Reform. Da sich aber eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht ohne ein von der Sache selbst gefordertes Mindestmaß an Entscheidungsfreiheit auf der betrieblichen Ebene betreiben läßt, wird auch hier das Verlangen nach einer solchen Entscheidungsfreiheit immer lauter. Hier liegt der Ansatzpunkt — auf dem wirtschaftlichen Sektor — einer Entwicklung auf eine Liberalisierung zunächst im wirtschaftlichen, dann auch im gesellschaftlichen Bereich hin, womit die Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sichtbar wird (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 8. 11. 67).

Während die Wirtschaftler in ihren Forderungen nach größerer Entscheidungsfreiheit bei den ökonomischen Sachnotwendigkeiten ansetzen, die sich nicht ohne schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft selbst ignorieren lassen, erfahren Naturwissenschaftler und Technologen die stetige freie und offene Diskussion, den ständigen Informations- und Erfahrungsaustausch in ihren eigenen Sachgebieten als unabdingbare Voraussetzung für schöpferische intellektuelle Leistung. Von da ist es jedoch nur ein Schritt, diese Erkenntnis auf die gesellschaftspolitische Ebene anzuwenden. Diese Tatsache ist um so bedeutender, als erst Naturwissenschaftler und Technologen durch ihre Grundlagenforschung und die Erarbeitung des technischen know-how die Umsetzung der naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse in wirtschaftliche und damit auch politische Macht ermöglichen. Sie sind daher für das Regime so gut wie unersetzlich. Um so schwerer wiegen auch ihre Vorstellungen über eine freiere und demokratischere gesellschaftliche und politische Ordnung. Daß es derartige Tendenzen in der Sowjetunion gibt, zeigt das erst kürzlich (Juni 1968) im Westen bekanntgewordene Memorandum des sowjetischen Atomforschers Andrej Sacharow. Sacharow, 47 Jahre, wurde bereits mit 32 Jahren zum Vollmitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gewählt und erhielt 1958 den Nobelpreis. Zusammen mit I. Tamm, einem Spezialisten für Quantenmechanik, ist er der Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe. Seine Schriften sind dem Regime so wertvoll, daß sie im freien Buchhandel noch nicht veröffentlicht wurden. Dieses einzigartige Dokument hat seine Bedeutung über das, was es inhaltlich sagt, hinaus vor allem darin, daß es für die technische Intelligenz repräsentativ ist. Ist es doch, wie der Verfasser erklärt, aus intensiven Diskussionen unter den Naturwissenschaftlern und Technokraten hervorgegangen. Sacharow sieht keinen wesentlichen Unterschied in der komplexen Struktur des wirtschaftlichen Managements zwischen der Sowjetunion und den USA und empfiehlt der ersteren die Einführung eines korrekten Systems von Marktpreisen. Der Kernpunkt des Memorandums jedoch liegt in dem Satz: „Heute liegt der Schlüssel zu einer progressiven Neuordnung des Herrschaftssystems allein in

der geistigen Freiheit“ (deutscher Wortlaut abgedruckt in: „Die Zeit“, 16. 8. 68). Dies hätten, so fährt Sacharow fort, die Tschechoslowaken verstanden und ihre Initiative, „die für die Zukunft des Sozialismus und der ganzen Menschheit so wichtig ist“, sollte die Sowjetunion unterstützen. Hier wird der Wirkungsbereich sowie die Wirkungskraft des tschechoslowakischen Experiments auf die sowjetische technologische Intelligenz deutlich. Welche Auswirkungen die gewaltsame Erstickung dieses Experiments auf letztere haben wird, kann wohl jetzt noch nicht gesagt werden.

Als Repräsentant dieser sowjetischen technischen Intelligenz fordert Sacharow Freiheit, Informationen zu erhalten und weiterzugeben, Freiheit der Diskussion, in der es auch möglich sein müsse, zweifelhafte Gedanken auszusprechen. Aber, so erklärt er, „unsere Führer scheinen selbst Anspielungen auf eine solche Diskussion zu fürchten“. Erst diese geistige Freiheit könne die Öffentlichkeit und die Intelligenz in den Stand setzen, alle „Pläne und Entscheidungen der herrschenden Gruppe zu kontrollieren“. Dieser Geistesfreiheit widerspreche die Zensur (im weitesten Sinn des Wortes), die eines der „Hauptthemen im ideologischen Kampf der letzten Jahre“ gewesen sei. Diese „unfähige“ Zensur sei geeignet, „die lebendige Seele der sowjetischen Literatur zu zerstören“. Vor allem in ihr wie in anderen Formen der Entmündigung und Bevormundung sieht Sacharow — und mit ihm die Mehrheit der Intellektuellen — nur eine abgemilderte Fortsetzung des Stalinismus, den er mit der Ideologie Nazi-Deutschlands vergleicht. Heftig kritisiert er die juristische Willkür, womit viele Literaten zu Unrecht und zur Schande der Nation verurteilt wurden. Die Einschränkung des kulturellen Lebens, die Unterdrückung hervorragender sowjetischer Schriftsteller, wie z. B. A. Solshenizyns, schmerze auch die sowjetischen Wissenschaftler. Dieses Memorandum zeigt, daß gewisse sowjetische Vertreter technologischer Intelligenz über einen größeren Freiheitsspielraum hinaus auch auf humanere gesellschaftliche und politische Strukturen hindrängen.

Ein neuer Sozialismus?

Die ständige latente Konfliktsituation zwischen Parteiführung und Intellektuellen, die periodisch auch öffentlich ausbrechenden Auseinandersetzungen zwischen bei-

den, das Aufbegehren von Naturwissenschaftlern und Technologen wie auch das gewaltsam niedergeworfene Prager Reformprogramm stellen die Führungsspitzen von Partei und Regierung in den sozialistischen Ländern vor ein grundsätzliches Problem. Am geschlossenen und unbeugsamen Freiheitswillen des tschechoslowakischen Volkes müßte doch spätestens ein Zweifel daran auftauchen, daß man das naturgegebene Streben des Menschen nach freier Selbstverwirklichung auf die Dauer nicht werde unterdrücken können. Damit aber stellt sich die grundsätzliche Frage nach einem humaneren Sozialismus. Vorläufig jedoch scheinen die Parteiführungen in den sozialistischen Ländern diesem Drängen noch kaum nachzugeben, ja es um so mehr zu unterdrücken, je spontaner und offener es auftritt. Mit repressiven Mitteln wird sich aber dieser sich zunehmend verschärfende Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten miteinander konkurrierenden Auffassungen von Sozialismus nicht lösen lassen. Insbesondere die jüngere, teils auch noch die mittlere Generation verfügen — ohne das sozialistische System als solches stürzen zu wollen — über ein differenzierteres Leitbild dessen, was Sozialismus sei, und sind sich als Intelligenz des Landes ihrer führenden und in gewisser Hinsicht unersetzlichen Rolle beim Aufbau dieses Sozialismus voll bewußt. „Humanismus“, „Demokratie“ und „schöpferische Freiheit“ haben für sie einen anderen als den offiziell gebilligten Inhalt. Dadurch werden sie, wohl noch stärker als zuvor, mit den konservativen Dogmatikern der Partei notwendig zusammenstoßen. Der Konflikt dürfte also in Zukunft nur noch alarmierender werden, wozu auch die Ereignisse in der ČSSR beitragen werden. Die ideologischen und kulturpolitischen Verschärfungen in Polen und in der Sowjetunion deuten darauf hin. Freie Information, freier Dialog und freie Kunst lassen sich zwar mit Gewalt vorübergehend unterdrücken, aber nie ganz beseitigen. Die Furcht der Partei vor dieser geistigen Freiheit ist vor allem machtpolitisch motiviert. Dabei ist vor allem der Gedanke bedrückend, daß gerade jene, welche ein ungeheures Machtpotential in Händen haben, nicht zugleich über die geistigen Voraussetzungen und das Differenzierungsvermögen besitzen, um über die machtpolitischen Interessen hinweg den Gesinnungsprozeß unter den Intellektuellen als Ferment gesellschaftlicher Emanzipation zu begreifen und für die Liberalisierung des eigenen Systems fruchtbar zu machen.

Kurzinformationen

Am 1. Oktober übergab Kardinal F. König das von seinem Sekretariat ausgearbeitete Dokument über den Dialog mit den Nichtglaubenden (mit Datum vom 28. August 1968) der Öffentlichkeit. Aus technischen Gründen konnte die Herder-Korrespondenz den vollen Wortlaut nicht schon in diesem Heft veröffentlichen. Er wird im nächsten Heft folgen. Dennoch sei der Hauptinhalt des Dokuments schon jetzt kurz skizziert. In der Einleitung wird der Dialog als Grundforderung aus der Verdichtung der zwischenmenschlichen Beziehungen, der pluralistischen Gesellschaftsstruktur und dem ausgeprägten Bewußtsein von der Mündigkeit und Freiheit der Christen abgeleitet. Zu diesem Dialog, der „auf allen Ebenen und auf jedwede mögliche Weise“ gefördert werden soll, seien alle Christen berufen. Der erste Teil des Dokuments (über die Natur des Dialogs und seine Bedingungen) handelt vom Dialog im allgemeinen. Dabei werden drei Grundtypen unterschieden: Dialog als zwischenmenschliche Begegnung, als Suche nach der Wahrheit als Weg

zu praktischer Zusammenarbeit bei bleibenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Den größten Raum nimmt die Frage des weltanschaulichen Dialogs ein, seine Möglichkeit und Rechtmäßigkeit, seine Bedingungen und seine Konsequenzen in der praktischen Zusammenarbeit. Manche sehen die Möglichkeit eines Dialogs durch die Annahme einer absoluten Wahrheit sowie durch von fundamental entgegengesetzten Denksystemen herkommende Partner als unmöglich an. Weiter wird die Frage der Glaubensanfechtung durch das Gespräch mit Nichtglaubenden angeschnitten. Demgegenüber erklärt das Dokument, daß ein Dialog schon dann sinnvoll sein könne, wenn er nur zu Teilübereinstimmungen oder zu einer klaren Abgrenzung und Bestimmung der beiderseitigen Positionen führe. Wesentlich sei, daß man sich über den vorausgesetzten Wahrheitsbegriff klar werde. Als Bedingungen des Dialogs werden genannt: Aufrichtige Suche nach der Wahrheit, Anerkennung der Freiheit der Gesprächspartner, Ausschaltung eines